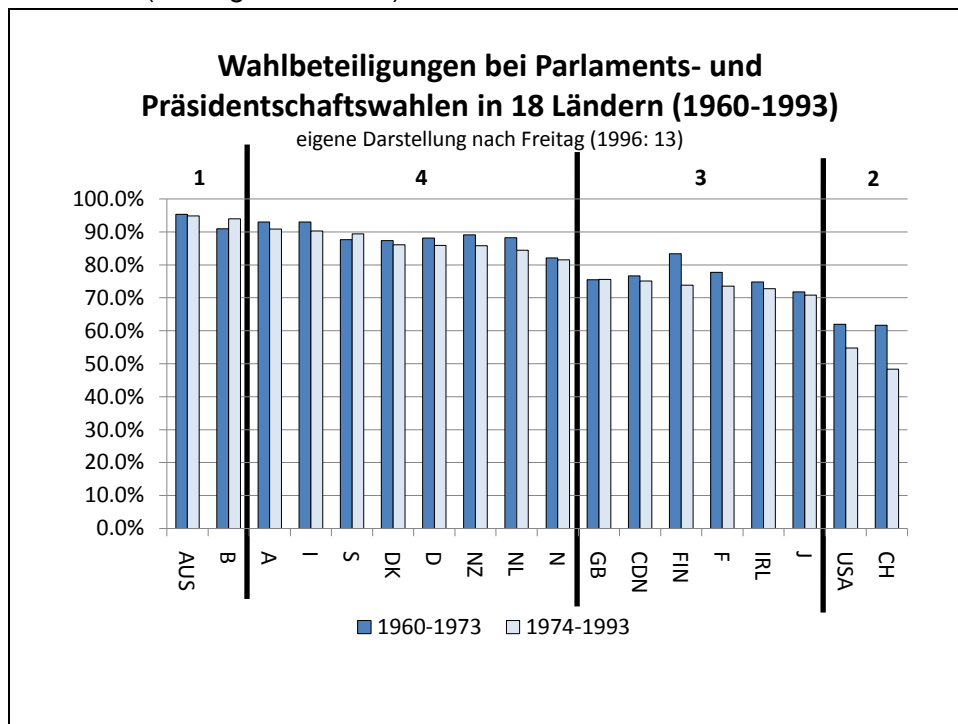


**Freitag, Markus (1996): Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden. (In: Schweizer Zeitschrift für politische Wissenschaft, Vol 2. Issue 4, Winter, S. 101-134).**

**Ziel der Arbeit**

Freitag will in seiner Arbeit die unterschiedlich hohen Wahlbeteiligungsniveaus im internationalen Vergleich darstellen und deren mögliche Ursachen nachweisen. Dazu untersucht er in 18 verschiedenen Ländern während zwei Zeitperioden (1960-1973 und 1974-1993) deren durchschnittliche Wahlbeteiligungen. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es ihm nicht darum geht die Folgen der unterschiedlichen Beteiligungsraten zu beurteilen und, dass er auch nicht untersucht hat, weshalb die Beteiligungen innerhalb eines Landes schwanken (Freitag 1996: 102f).



Freitag teilte die untersuchten Länder in vier Gruppen ein. In der Gruppe *eins* sind die beiden Spitzenreiter Australien und Belgien, welche beide in beiden Untersuchungsphasen über 90% Wahlbeteiligung aufweisen, ausserdem herrscht in beiden Ländern Wahlpflicht. In der Gruppe *zwei* befinden sich die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika mit den schlechtesten Quoten. In der Gruppe *drei* die Länder mit einer Quote zwischen 70 und 80%. In der letzten Gruppe (*vier*) die Staaten mit einer Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten von 80-90% (Freitag 1996: 105ff). Vergleicht man die Gruppen über beide Phasen hinweg, so zeigt sich, dass die Niveauunterschiede gleich bleiben oder sich gar vergrössern. Es ist also von keiner Angleichung der verschiedenen Ländergruppen im Laufe der Zeit auszugehen.

**Einflussgrössen auf die Wahlbeteiligung**

Freitag untersucht mittels bivariaten Analysen verschiedene hypothetische Einflüsse. Diese lassen sich in vier Gruppen unterteilen: institutionelle Faktoren, sozio-politische und politisch-kulturelle Faktoren, sozioökonomische und demographische Faktoren und eine historische Dimension. Dabei lehnt er sich an verschiedenste Autoren und Theorien an. Nach der

Durchführung der bivariaten Analysen erweist sich der Einfluss von acht dieser Variablen als signifikant<sup>1</sup>. Es sind dies:

*Erstens* wenig überraschend die Wahlpflicht. Wenn die Bürger, wie in Australien und Belgien strafrechtlich verfolgt werden können, wenn sie nicht an der Wahl teilnehmen, tun sie dies dementsprechend zahlreich. Aber auch in Italien, wo die Wahlpflicht lediglich einen Eintrag in die persönlichen Dokumente zur Folge hat, ist die Wahlbeteiligung bei rund 90% (Freitag 1996: 103/112).

*Zweitens* die Ausprägung des Wettbewerbs innerhalb des Parteiensystems und der Wahlen. Demokratien mit stimmenanteilmässig grossen Regierungen oder Regierungskoalition haben eine geringere Wahlbeteiligung als Demokratien mit eher "kleinen" Regierungsmehrheiten (Freitag 1996: 111).

*Drittens* besagt, dass bei Wahlen, bei denen grundlegende Änderungen in der Regierung oder gar ein Regierungswechsel möglich sind, die Wahlquote höher ist, als bei eher unwichtigeren Wahlen. Hier lehnt Freitag stark an Downs (1957) „Rationalen Wähler“ an, der bei knappen Wahlen teilnimmt, weil seine Stimme entscheidend sein könnte.

Als *vierte* Variable mit signifikantem Einfluss erweist sich das Alter des Frauenwahlrechts. Je älter dieses ist, desto mehr Frauen sind zu Wählerinnen sozialisiert worden und nehmen somit an den Wahlen teil (Freitag 1996: 112).

Die *fünfte* signifikante Variable stützt sich auf die Cleavage Theorie von Lipset und Rokan (1967) und besagt, je besser es den politischen Parteien gelingt gesellschaftliche Konflikte für sich zu besetzen, umso grösser wird die Wahlbeteiligung. Entscheidend ist hier nicht die Anzahl der Cleavages sondern vielmehr deren Tiefe.

Der Organisationsgrad von Gewerkschaften ist der *sechste* nachgewiesene Einfluss. Freitag (1996: 113) sieht Gewerkschaften und auch andere intermediäre Gruppen als Mobilisierungsmotoren, deren Organisationsgrad mit der Wahlbeteiligung korreliert. Erklärt wird dies dadurch, dass das Gewerkschaftsmitglied leichter zu Informationen kommt und somit geringere Wahlkosten hat, aber auch dadurch, dass das Mitglied unter der sozialen Kontrolle der Gewerkschaft steht. Interessant ist, dass für den Organisationsgrad von konfessionellen Gruppen kein solcher Einfluss nachweisbar ist.

*Siebtens* der Einfluss der Staatstätigkeit. Hier bestätigen die Daten die These von Colomer (1991), dass das Ausmass der Staatstätigkeit die Wahlbeteiligung beeinflusst. Je höher die Staatsausgaben für wohlfahrtsstaatliche Massnahmen und ähnliches, desto höher ist die Wahlbeteiligung.

Die *achte* und letzte Variable ist die historische Dimension. Die Wahlbeteiligungen in zwei aufeinanderfolgenden Wahlperioden sind immer auf ähnlichem Niveau.

### **Index politischer und sozialer Schubkräfte**

Diese acht Variablen, die Freitag auch als Schubkräfte (1996: 125) bezeichnet, fasst er zu einem ungewichteten, additiven Index zusammen, welcher seinen Aussagen zu folge direkt und höchst signifikant mit der Wahlbeteiligung korreliert. In der folgenden Tabelle ist der Index für die untersuchten 18 Länder zu sehen:

---

<sup>1</sup> Freitag (1996: 122) merkt an, in dem er auf Geser (1981: 87) verweist, dass Signifikanztests als Entscheidungskriterium streng genommen nur bei Wahrscheinlichkeits-Auswahlverfahren ihre Berechtigung erfahren. Wie aber in den meisten quantitativen Studien gehandhabt, soll auch hier dieses Kriterium als hilfreiches heuristisches Mittel – gegen die Norm – über die Aussagekraft einer Variablen in statistischen Modellen entscheiden. Statistische Signifikanz ist insofern weder als hinreichendes noch als notwendiges Kriterium für empirische Evidenz zu werten, sondern eher als Selektionshilfe zur Unterscheidung zwischen ernst zunehmenden und zu ignorierenden Kovarianzen zu verstehen.

## Index für Ländergruppen

eigene Darstellung nach Freitag (1996: 126)

	A	B	A	I	S	D	D	N	N	N	G	C	F	F	I	J	U	C	
	S					K		Z	L		B	D	N		R		S	H	
Wahlpflicht	1	1		1															
Wettbewerbsgrad des Parteiensystems und der Wahlen	1	1			1	1		1	1	1	1	1		1	1	1			
Regierungswechsel oder -änderung	1			1	1	1		1	1	1				1					
Alter Frauenwahlrecht	1		1		1	1	1	1	1	1		1	1		1			1	
Parteiförmige Organisation von soz. und pol. Konflikten		1	1	1	1	1		1	1	1			1						1
Organisationsgrad der Gewerkschaften	1	1	1	1	1	1		1	1	1			1		1				
Staatstätigkeit		1	1	1	1	1		1			1			1					
Wahlbeteiligung in der Vorperiode	1	1	1	1	1	1	1	1	1						1				
Index politischer und sozialer Schubkräfte	6	6	5	6	7	7	2	7	6	6	2	2	3	3	4	1	1	1	1

### Kritik

Freitag weist eingangs darauf hin, dass er nicht untersuchen möchte, was unterschiedliche Wahlbeteiligungen für die Ausprägung der Demokratie für Einflüsse haben. Ich erachte dieses Thema aber als zu wichtig, als dass man es einfach beiseite lassen kann. Einen weiteren Kritikpunkt sehe ich in der kleinen Stichprobengrösse. Erhält man, basierend auf so einem kleinen N, bei so einem komplexen Thema und so vielen Variablen, die geprüft werden, wirklich sinnvolle Resultate?

Freitag weist auch darauf hin, dass nicht vorhandene Schubkräfte die Wahlbeteiligung auch bremsen können. Dies wird meiner Ansicht nach durch das simple Aufaddieren nicht gewährleistet. Allenfalls wäre es auch sinnvoll die einzelnen Schubkräfte zu gewichten, da beispielsweise Länder mit Wahlpflicht plus weitere fünf Schubkräfte höhere Wahlquoten haben, als Länder, die zwar über insgesamt sieben Schubkräfte verfügen, denen aber die Wahlpflicht fehlt. Klar ist jedoch, dass durch solche Anpassungen die Einfachheit des Index verloren ginge.

### Literaturverzeichnis

COLOMER, Josep M. (1991): „Benefits and Costs of Voting“, *Electoral Studies*, 10(4): 313-325.

FREITAG, Markus (1996): „Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien. Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden.“, *Schweizer Zeitschrift für politische Wissenschaft*, Vol 2. Issue 4: 101-134.

GESER, Hans (1981): *Bevölkerungsgrösse und Staatsorganisation. Kleine Kantone im Lichte ihrer öffentlichen Budgetstruktur, Verwaltung und Rechtssetzung*. Bern/ Frankfurt am Main: Lang.